

Kein Wahlkampf der Angst: der Senat muss handeln, bevor Hass und Gewalt gegen Politiker:innen und engagierte Parteimitglieder in 2026 eskalieren

Antragsteller\*in: Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Status: Unterstützer\*innen sammeln

## Antragstext

- 1 Angepöbelt und beleidigt, während man Plakate aufhängt. Angespuckt, mit Eiern  
2 beworfen, ins Gesicht geschlagen und mit Mord gedroht, nur weil man Flyer  
3 verteilt. Reifen zerstochen, Parteibüros beschmiert und Wahlplakate systematisch  
4 zerstört. Das war der Alltag vieler Kandidierender und ehrenamtlicher  
5 Wahlhelfer:innen während des Bundestagswahlkampf 2025 in Berlin. Bereits  
6 zweieinhalb Wochen vor der Wahl zählte das Landeskriminalamt [251 solcher](#)  
7 [Straftaten](#).
- 8 Diese besorgniserregende Entwicklung darf uns 2026 nicht unvorbereitet treffen.  
9 Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen braucht es wirksame  
10 Schutzmechanismen, um eine Verrohung und die Einschüchterung engagierter  
11 Politiker:innen und Parteimitglieder zu stoppen.
- 12 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Innensenatorin Iris Spranger und die  
13 Justizsenatorin Dr. Felor Badenberger auf, politisch motivierter Kriminalität  
14 (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsentierende wirkungsvoll  
15 entgegenzutreten. Um das Fundament unserer Demokratie zu schützen, müssen die  
16 Berliner Strafverfolgungsbehörden ihre Bekämpfung verstärken und die zuständigen  
17 Behörden entsprechend ausstatten. Dazu gehören unter anderem bessere Erfassungs-  
18 und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.
- 19 Die Innensenatorin trägt eine besondere Verantwortung: sie muss das Thema  
20 politisch motivierter Gewalt gegen Politiker:innen und aktive Parteimitglieder  
21 erneut auf die Tagesordnung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -  
22 senatoren im Dezember 2025 setzen und sich für die Einberufung eines Bund-  
23 Länder-Sicherheitsgipfels stark machen. Berlin muss jetzt mit klaren,  
24 verbindlichen Vorschlägen für Prävention, Strafverfolgung und Polizeiausstattung  
25 vorangehen, um gemeinsam mit den anderen Ländern wirksame Schutzmaßnahmen  
26 umzusetzen, wie sie beispielsweise im Entwurf des [Gesetzes zum besseren](#)  
27 [strafrechtlichen Schutz von Amts- und Mandatsträger:innen](#) vorgesehen sind.
- 28 Jede Verzögerung gefährdet die Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie  
29 einsetzen.

## Begründung

Die Bedrohungslage ist real und sie wächst. Berlin verzeichnet weiterhin hohe Zahlen politisch motivierter Kriminalität (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsentierende:

- 2024: [550 Fälle](#), darunter 8 Gewaltdelikte, 23 Propagandadelikte und 519 sonstige Delikte. Hinzu kamen 24 Straftaten gegen Parteieinrichtungen.
- Anfang Februar 2025: bereits fast die Hälfte der Vorjahresfälle

Ein klares Warnsignal an den Berliner Senat.

Doch das Problem ist kein reines Berliner Phänomen: Laut [BKA](#) stehen “Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsidenten und -mitglieder nach wie vor als Angriffsziel deutlich im Fokus von Straftaten”. Die Zahl stieg 2024 bundesweit auf 1.256. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern schlagen seit vielen Jahren Kommunalpolitiker:innen Alarm. Ein bedrückendes Beispiel zeigt der [offene Brief](#) der bündnisgrünen Kommunalpolitiker Felix Kalbe und Matthias Kaiser (Gotha) an den Thüringer Innenminister, in dem sie eine deutlich [verschärfte Bedrohungslage](#) schildern.

Der gefährliche Trend macht deutlich: Es braucht erneut ein klares und entschlossenes Signal der Innenministerkonferenz. Politisch motivierte Kriminalität gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsidenten muss als zentrale sicherheitspolitische Herausforderung anerkannt und gemeinsam bekämpft werden. Die IMK-Sondersitzung 2024 und deren Beschlüsse waren ein erster Schritt. Jetzt braucht es weitere Lösungen und eine dauerhafte Verankerung des Themas in den Arbeitskreisen.

Wenn Menschen aus Angst ihr politisches Engagement aufgeben, schrumpft der demokratische Raum. Unsere Gesellschaft steht vor einer ernsten innenpolitischen und demokratischen Bewährungsprobe. Die dramatischen Entwicklungen in Berlin und Ostdeutschland sind ein Weckruf. Sie drohen sich bundesweit zu verfestigen, wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird.

## V-1 Ein Bekenntnis zur Kultur: Gegen den schwarz-roten Kultur-Kahlschlag!

Gremium: Landesarbeitsgemeinschaft Kultur

Beschlussdatum: 12.09.2025

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### Antragstext

Die massiven Einsparungen im Kulturhaushalt sind absolut unverantwortlich. Sie missachten die Kulturrendite und schaden dieser Stadt. Sie sind sozialpolitisch ungerecht, denn sie treffen vor allem die kulturelle Bildung und dadurch Projekte, von denen Menschen aus allen Lebenslagen profitieren. Die radikalen Kürzungen im Kulturhaushalt sind aber nicht nur sozialpolitisch ungerecht, sie gefährden auch den demokratischen Zusammenhalt in dieser Stadt. Denn es ist die Vielzahl der kleinen und großen Bühnen, die vielen Bibliotheken, Musikspielstätten und die unzähligen Projekte freischaffender Künstler\*innen, die ein sichtbares Zeichen setzen gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und die Verrohung des politischen Diskurses. Wer in diesem Umfang an Kultur spart, zerstört damit unser demokratisches Gemeinwesen. Bündnis 90/Die Grünen bekennt sich dagegen zur Kulturmetropole Berlin und macht sich stark für eine auskömmliche Finanzierung unseres Kulturlebens!

Wir fordern

#### 1. Mehr Raum für die Kultur!

An der Raumfrage hängt die Zukunft der Kulturstadt Berlin. Um kreativ arbeiten und Berlin zu einer Kulturmetropole machen zu können, benötigen unsere Kulturschaffenden dringend mehr Arbeitsräume!

Gentrifizierung, steigende Mieten und Immobilienspekulationen machen es aber immer schwerer, bestehende Räume zu sichern. Die radikalen Mittelkürzungen für das Arbeitsraumprogramm und das Kulturraumbüro sind deshalb eine kulturpolitische Bankrotterklärung, die die Zukunft des Kulturstandortes Berlin gefährden.

Wir fordern 3.000 zusätzliche, geförderte Arbeitsräume. Wir fordern viel mehr Möglichkeiten zur temporären Nutzung von Produktions- und Proberäumen. Wir fordern die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gewerberäume. Auch deshalb ist die auskömmliche Finanzierung der bestehenden Raumprogramme und eine nachhaltige Kulturraumstrategie der Senatsverwaltung, die die Zukunft des Kulturstandorts Berlin sichert, unverzichtbar.

#### 2. Freie Szene stärken!

Neben den etablierten Kultureinrichtungen sind es vor allem die vielen Tausend freischaffenden Künstler\*innen, die das kulturelle Leben in dieser Stadt maßgeblich prägen. Es sind tausende von Soloselbstständigen, die in Berlins wichtigstem Wirtschaftszweig, der Kreativwirtschaft, über 10% der Einnahmen des Landes erwirtschaften. Unter oftmals prekären Bedingungen eröffnen sie uns neue ästhetische Horizonte, setzen Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und engagieren sich für das Gemeinwohl. Es ist deshalb skandalös, dass es einmal mehr die Freischaffenden besonders hart trifft! Zahlreiche Projekte werden zusammengespарт oder fallen der schwarz-roten Einsparungswut zum Opfer! Auch das Arbeitsraumprogramm, das für viele

40 Kulturschaffenden Arbeitsräume sichert, darf weder gekürzt noch gestrichen  
41 werden. Indem der Senat die Bedürfnisse der Freien Szene nicht berücksichtigt,  
42 gefährdet er die Zukunft der Kulturmetropole Berlin.

43 Wir fordern deshalb den Senat auf, die Interessen der Freien Szene insbesondere  
44 bei Fragen der Kulturraumplanung stärker zu berücksichtigen. Geförderte  
45 Künstler\*innen und Kulturschaffenden benötigen Planungssicherheit:  
46 Entbürokratisierung, transparente Förderentscheidungen und belastbare sowie  
47 zeitnahe Förderentscheide sind dafür unerlässlich.

### 48 3. Mindesthonorare sichern!

49 Die große Mehrheit der freischaffenden Künstler\*innen in Berlin arbeitet und  
50 lebt unter prekären Bedingungen. Kulturarbeit bedeutet in vielen Fällen  
51 Selbstausbeutung! Die Absenkung der Haushaltsmittel für Mindesthonorare ist  
52 deshalb nicht nur sozialpolitisch ungerecht – sie ist eine Ohrfeige für die  
53 freischaffenden Kreativen in dieser Stadt. Es darf nicht sein, dass  
54 hochqualifizierte Selbstständige durch Berlin unterhalb jedes Mindestlohns  
55 beschäftigt werden.

56 Wir fordern deshalb die Finanzierung von Mindesthonoraren für Kulturschaffende,  
57 die sich in landesgeförderten und bezirklichen Kultureinrichtungen und  
58 Projekten engagieren.

59 4. Kulturelle Bildung retten! In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung ist  
60 es wichtiger denn je, die außerschulische Demokratie- und Bildungsarbeit zu  
61 stärken. Die Kulturelle Bildung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Entgegen  
62 den Ankündigungen im schwarz-roten Koalitionsvertrag wird die Kulturelle Bildung  
63 aber nicht ausgebaut, sondern ist von der Kürzungswelle besonders stark  
64 betroffen. Projekte wie der „KinderKulturMonat“, „Bauereignis Schule“ und viele  
65 andere sind gefährdet. Damit trifft es vor allem Projekte, die wichtige  
66 Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus leisten.

67 Wir fordern deshalb einen Ausbau der kulturellen Bildungsarbeit in Berlin über  
68 den bisherigen Umfang hinaus und eine langfristige Sicherung und Stärkung  
69 etablierter Projekte.

### 70 5. Keine Scheinselbstständigkeit der Musikschul-, Volkshochschul- und 71 Jugendkunstschullehrer\*innen!

72 Es ist skandalös, dass Berlin nach dem Herrenberg-Urteil im Jahr 2022 und der  
73 Urteilsbegründung 2023 noch immer keine Lösung für die vielen, oftmals  
74 scheinselbstständig angestellten Lehrer\*innen gefunden hat. Stattdessen arbeitet  
75 noch immer ein Großteil der Betroffenen unter prekären Bedingungen und ohne  
76 soziale Absicherung. Das ist sozialpolitisch ungerecht und schadet der Bildungs-  
77 und Kulturarbeit in den Bezirken.

78 Wir fordern genügend Geld in den Haushalt, um alle Lehrer\*innen legal  
79 beschäftigen zu können, egal ob in Vollzeit, Teilzeit oder als Selbstständige.

### 80 6. Kulturelle Grundversorgung, kulturelle Teilhabe sichern!

81 Eine vielfältige, kulturelle Grundversorgung ist Daseinsvorsorge und für unsere  
82 demokratische Gesellschaft unerlässlich. Kulturelle Teilhabe und der Zugang zu  
83 Kultur sind unverzichtbare Bestandteile unserer Demokratie. Die  
84 Kürzungsmaßnahmen des schwarz-roten Senats schaden folglich nicht nur der enorm

85 wichtigen Kulturarbeit in den Bezirken, sie beschädigen unsere Demokratie.  
86 Wichtige Finanzierungsinstrumente wie die „Zielvereinbarung Öffentliche  
87 Bibliotheken“ wurden drastisch zusammengekürzt. Die Bezirksbibliotheken,  
88 kommunalen Galerien, Kinder- und Jugendtheater, Volkshoch-, Musik- und  
89 Jugendkunstschulen, aber auch soziokulturelle Zentren sind von der Kürzungsorgie  
90 direkt oder indirekt betroffen. Komplette Streichungen der Mittel, Veränderungen  
91 der Zielvereinbarungen und massive Einschnitte wie z.B. beim „FABiK“-Fonds zur  
92 Finanzierung von Ausstellungshonoraren treffen die bezirkliche Kulturarbeit  
93 empfindlich! Damit trifft es jene Kulturorte besonders, die auf die kulturelle  
94 Teilhabe aller hier lebenden Menschen abzielen. Gerade die vielen bezirklichen  
95 und projektgeförderten Kulturakteur\*innen schaffen kostengünstige Angebote, die  
96 auch von Menschen genutzt werden können, die sonst von kultureller Teilhabe  
97 ausgeschlossen sind. Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

98 Wir fordern deshalb den schwarz-roten Senat auf, die bezirkliche Kulturarbeit  
99 finanziell sicherzustellen.

#### 100 7. Kulturelle Infrastruktur sichern!

101 In einer vitalen Kulturmetropole ist eine funktionierende, barrierefreie  
102 Infrastruktur, kritische Infrastruktur. Die mangelhafte Finanzierung unserer  
103 öffentlichen Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten steht dem leider entgegen.  
104 Unsere Spielstätten, Museen oder Bibliotheken befinden sich deshalb allzu oft in  
105 einem beklagenswerten Zustand. Statt die kulturelle Infrastruktur wirklich  
106 zukunftsfähig zu machen, setzt der Senat auf halbgare Finanzierungsmodelle wie  
107 die Beleihung von Grundstücken oder Transaktionskredite. Solche  
108 finanzpolitischen Taschenspielertricks sind nicht geeignet, um der aktuellen  
109 Situation auch nur ansatzweise gerecht zu werden.

110 Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Sanierung der Komischen Oper müssen  
111 nachhaltig finanziert und haushälterisch abgesichert werden.

112 Wir fordern des Senat auf, kulturelle Infrastruktur ls kritische Infrastruktur  
113 zu behandeln und auch Bundesmittel dafür zu verwenden.

#### 114 8. Vielfalt hochhalten!

115 Ganz gezielt schaden die schwarz-roten Kürzungen insbesondere solchen  
116 Förderstrukturen, die die Diversität stärken und sichtbar machen sollen.  
117 Wegweisende Förderinstrumente wie die Einrichtung „Diversity, Arts, Culture“  
118 sind bedroht. Damit zerstört der schwarz-rote Senat Förderstrukturen, für die  
119 der Kulturstandort Berlin international geschätzt wird. Es muss deshalb unser  
120 Anspruch sein, die Vielfalt unserer Kulturszene sichtbar zu machen, die  
121 Antidiskriminierungsarbeit zu stärken und Betroffene zu unterstützen.

122 Die drastischen Kürzungen bei der Diversitäts- und Antidiskriminierungsarbeit  
123 müssen deshalb zurückgenommen werden!

#### 124 9. Vielfältiges Erinnern für eine vielfältige Stadt!

125 Um der kulturellen Vielfalt dieser Stadt gerecht zu werden, fordern wir eine  
126 Erinnerungskultur, die den verschiedenen Perspektiven aller Menschen in dieser  
127 Stadt gerecht wird. Hierzu gehört insbesondere die Erinnerung an den  
128 Kolonialismus, dessen Spuren bis heute nachwirken – und die noch immer überall  
129 in Berlin sichtbar sind. Einsparungen dürfen deshalb nicht zu Lasten der

130 Erinnerungskultur gehen! Nach dem Ende des Modellprojekts „Dekoloniale“ ist der  
131 Senat in der Pflicht, weitere (de-)koloniale Projekte zu unterstützen und  
132 Erinnerungsorte sichtbar zu machen.

133 Wir fordern, die Erinnerungspolitik, insbesondere in den Bezirken, zu stärken.

134 10. Ein Bekenntnis zur Kultur – Kulturfördergesetz jetzt!

135 Der schwarz-rote Senat beweist mit seiner planlosen Finanzpolitik, dass ihm das  
136 kulturelle Leben und die Kulturschaffenden in dieser Stadt egal sind. Damit muss  
137 Schluss sein! Der Senat muss sich endlich zum großen Wert der kulturellen Arbeit  
138 in Berlin bekennen! Der bedarfsgerechte Ausbau der räumlichen Infrastruktur für  
139 kulturelle Zwecke muss in einem Kulturfördergesetz ebenso verankert werden wie  
140 stabile Förderstrukturen für etablierte Projekte und Kultureinrichtungen. Das  
141 Gesetz soll sich dabei zur ökologischen Nachhaltigkeit von Projekten und  
142 Einrichtungen ebenso bekennen wie zur Förderung von Transparenz und Diversität.  
143 Auch die soziale Absicherung von Kulturschaffenden und eine faire Bezahlung  
144 gehören in ein Kulturfördergesetz.

145 Wir fordern deshalb zeitnah ein Kulturfördergesetz, das die Vielfalt des  
146 kulturellen Lebens in Berlin langfristig sichert und weiterentwickelt.

## V-2 Für ein gutes Miteinander aller Generationen - Berliner Grüne stellen sich Ageismus und Altersdiskriminierung entgegen

Gremium: LAG Graue Igel Berlin

Beschlussdatum: 15.09.2025

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### Antragstext

Ageismus umfasst stereotype Vorstellungen, Vorurteile und Diskriminierung gegenüber uns selbst und anderen Personen aufgrund des Lebensalters.

Er betrifft alle Altersgruppen. Von den negativen Auswirkungen besonders betroffen sind jedoch jüngere Menschen (dann auch Youngism genannt) und Ältere. Um letztere soll es hier gehen.

Stereotype, oft mit Problemen assoziierte Altersbilder beeinflussen die Selbstwahrnehmung der Älteren: Sie trauen sich weniger zu als möglich wäre. Es kann eine Abwärtsspirale folgen, die zu weniger Aktivität und negativen gesundheitlichen Folgen führt. Das verursacht in der Folge Kosten für die gesamte Gesellschaft.

Ältere, die sich nicht durch die weitverbreiteten Altersbilder in ihrer Aktivität bremsen lassen, haben hingegen oft mit Diskriminierung zu kämpfen.

Für uns Grüne ist das Anerkennen und Fördern der Vielfalt ein besonderes Anliegen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, auch das Alter in all seiner Diversität wahrzunehmen:

- Aktiv und gesund ebenso wie auf Unterstützung angewiesen,
- Ur-Berlinisch oder zugezogen, woher auch immer,
- als Single oder in Partnerschaft,
- Hetero oder queer,
- mit guter Rente die Freiheit vom Erwerbsleben genießend oder in Altersarmut kaum über die Runden kommend,
- in anregender Gemeinschaft oder einsam und zurückgezogen.

Einseitigen Altersbildern stellen wir uns entgegen! In ihrer Vielfalt stellen die Älteren einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft dar.

Damit gehen wir auch einen wichtigen Schritt in die Richtung:

Grüne für Ältere wählbarer machen – Ältere für Grüne sichtbarer machen!

Der Anteil älterer Menschen in unserem Land wächst stetig. Schon heute stellen die Älteren eine sehr große Gruppe innerhalb unserer Bevölkerung dar. Der Anteil der jungen Menschen in unserer Gesellschaft geht leider immer weiter zurück.

- 31 Aufgrund ihrer großen und noch wachsenden Zahl sind die Älteren überproportional  
32 für die Wahlergebnisse der kommenden Jahre verantwortlich! Sie zu erreichen ist  
33 wichtig für die Zukunft von uns Grünen in den Parlamenten. Das sollte in  
34 öffentlichen Äußerungen, Publikationen und Materialien mit bedacht werden.
- 35 Wir müssen den Spagat hinbekommen, junge aktive Menschen und damit auch unsere  
36 jungen Mitglieder zu unterstützen, ihre Zukunft lebenswert zu gestalten, und  
37 gleichzeitig als glaubwürdige Interessenvertretung auch der Älteren wahrgenommen  
38 zu werden.
- 39 Machen wir ihnen Angebote, zeigen wir, dass wir sie wahrnehmen!
- 40 Besondere Gelegenheit dazu und zur Kontaktaufnahme gibt es jährlich in der  
41 Berliner Senior\*innenwoche im Juni und am „Internationalen Tag der älteren  
42 Menschen“ am 1. Oktober.
- 43 Dazu braucht es in allen Bezirken Aktive, die sich darum kümmern. Unterstützung  
44 von Landesebene kann helfen, diese Gelegenheiten nicht zu verpassen.
- 45 Wir Grüne müssen in allen Ecken Berlins zeigen, dass unsere Politik die beste  
46 für alle Generationen ist!
- 47 Um zu zeigen, dass sich das Interesse der Grünen an der alternden Bevölkerung  
48 nicht auf bestimmte Anlässe beschränkt, sollten Ansprechpartner\*innen zu diesem  
49 Thema in allen Bezirken etabliert werden. Eine Kontaktadresse auf den Bezirks-  
50 Websites kann schon helfen, und wo sich ein paar am Thema interessierte Aktive  
51 finden, kann eine AG gegründet werden.
- 52 Damit machen wir deutlich, dass wir permanent dazu ansprechbar sind und es in  
53 der Breite der Themen und der Verantwortung für die gesamte Gesellschaft mit den  
54 ehemaligen Volksparteien aufnehmen können.

## Begründung

Der 1. Oktober ist der internationale Tag der älteren Menschen.

Der 9. Altersbericht der Bundesregierung, noch unter unserer Ministerin Lisa Paus abgeschlossen, stellte fest: Es gibt vielfältige Lebenslagen auch im Alter, aber einseitige Altersbilder sind verbreitet.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/254238/0d174579dacc7e92f965d1205f56659d/neun-ter-altersbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

Altersdiskriminierung wird von einem Drittel der Älteren erlebt.

[https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250325\\_-pm\\_altersbericht.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250325_-pm_altersbericht.html)

Der Anteil Älterer wird wachsen. Für Pankow ist eine Zunahme von 35,3 % Älterer bis 2040 prognostiziert, für X-hain sogar von 43,2 %.

(Bericht des BA Pankow „Gemeinsam älter werden in Pankow“ S.21) <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/seniorenservice/artikel.1488751.php>

Unsere Angebote in der Senior\*innenwoche sind in den letzten 2 Jahren deutlich gewachsen, doch längst noch nicht in allen Bezirken vorhanden gewesen. Die Ressourcen in den KVen sind sehr unterschiedlich.

Eine Erinnerung des Landesvorstandes kann den Bezirken helfen, die Termine nicht zu verpassen, sich wenn nötig Hilfe und Rat bei anderen zu holen.